



Anja Posevsky
Vorstandsmitglied
Deutscher Pflegeverband e.V.

Editorial

Gute Konzepte sind gefragt

Die jüngsten Entwicklungen zeigen deutlich: Pflegepolitik steht an einem Wendepunkt. Mit dem neuen Kodex setzt der Deutsche Pflegerat ein unmissverständliches Zeichen gegen Extremismus und für die Verteidigung demokratischer Grundwerte. Diese Haltung ist angesichts einer zunehmend polarisierten gesellschaftlichen Debatte notwendiger denn je – denn Pflege kann nur auf der Basis von Menschenwürde, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit bestehen.

Gleichzeitig macht die Entscheidung des Bundesrats, die geplante Befugniserweiterung und Entbürokratisierung zu stoppen, deutlich, wie komplex pflegepolitische Reformen sind. Es reicht nicht, schnelle Lösungen zu fordern – es braucht tragfähige, gut abgestimmte Konzepte, die den Realitäten im Versorgungsalltag gerecht werden.

Auch die Länder verstärken ihren politischen Fokus: Hessen eröffnet mit neuen Berichten und Umfragen einen faktenbasierten Blick auf die Pflegeentwicklung. Die Bundespolitik wiederum setzt mit dem Einsatz für die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen ein wichtiges sozialpolitisches Signal.

Zwischen Reformbedarf, politischer Verantwortung und professionellem Anspruch bleibt klar: Eine starke Pflege braucht klare Werte, belastbare Strukturen und eine Politik, die nicht nur reagiert, sondern gestaltet.

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre.

Anja Posevsky
Deutscher Pflegeverband e.V.



Liebe Mitglieder,

wir bedanken uns herzlich für Ihre Unterstützung und Ihr Engagement im vergangenen Jahr. Es zeigte sich, wie wichtig eine starke Gemeinschaft ist. Für 2026 wünschen wir Ihnen Gesundheit, Kraft und Zuversicht. Möge das neue Jahr neue Impulse bringen und die pflegepolitischen Entwicklungen zu spürbaren Verbesserungen führen. Wir freuen uns darauf, diesen Weg weiterhin gemeinsam mit Ihnen zu gehen.
Mit herzlichen Grüßen

Ihr DPV e.V.

Inhalt

- 1 • Editorial
- 2 • Deutscher Pflegerat beschließt Kodex
 - Gesetz zur Befugniserweiterung liegt auf Eis
- 3 • Hessen hört zu: Pflege – Was sagen Sie?
- 4 • Teilhabe ist Menschenrecht
- 5 • Service-Plattform unterstützt pflegende Angehörige
- 6 • Der DPV auf dem Interdisziplinären Wundkongress 2025
 - Auftakt zur überregionalen Fortbildung für Pflegefachkräfte
- 7 • Sachsen: Pflegerat jetzt als Verein
 - Niedersachsen: Gründungsversammlung des Vereins „NPR“
 - Brandenburg: Pakt für Pflege 2.0 gestartet
- 8 • Impressum

Umgang mit extremistischen Parteien und Organisationen

Deutscher Pflegerat beschließt Kodex

Der Deutsche Pflegerat hat einen Kodex verabschiedet, der den Umgang des Verbandes mit extremistischen Parteien und Organisationen verbindlich regelt. Damit reagiert er auf die zunehmende gesellschaftliche Polarisierung und macht transparent, nach welchen Maßstäben er politische Anfragen, Einladungen und öffentliche Auftritte bewertet.

Der Kodex definiert klare Standards für die Kommunikation, interne Abläufe und das Handeln von Gremien und Mitarbeitenden. „Unsere Arbeit basiert auf Menschlichkeit, Respekt und Verantwortung“, betont DPR-Präsidentin Christine Vogler. „Diese Haltung prägt auch unseren Austausch mit politischen und kooperierenden Akteuren. Wir suchen den Dialog mit demokratischen Parteien und Institutionen, ziehen aber eine klare Grenze gegenüber Kräften, die Menschenwürde, Vielfalt und Rechtsstaat infrage stellen.“

Der Kodex legt fest, dass extremistische Parteien und Organisationen zwar formal korrekt behandelt werden, weitergehende Formen der Zusammenarbeit und gemeinsame öffentliche Auf-

tritte jedoch ausgeschlossen sind. Konkret beschreibt der Kodex, wie der DPR seine Grundsätze im Alltag umsetzt: Anfragen werden dokumentiert und einheitlich beantwortet, Mitarbeitende und Gremien erhalten Orientierung für ihr Handeln, und öffentliche Stellungnahmen bleiben fachlich-sachlich und eindeutig in der Abgrenzung zu antidemokratischen Positionen. Damit schafft der Verband eine klare Linie, die nach innen schützt und nach außen verlässlich macht, wofür der Deutsche Pflegerat steht – und wofür nicht.

Der DPR unterstreicht, dass Pflege eine Werteprofession ist: Sie arbeitet mit und für Menschen – unabhängig von Herkunft, Identität, Religion oder sozialem Status. Genau diese Haltung

spiegelt der Kodex wider. „Pflege lebt von Vertrauen, Achtung und einer klaren Orientierung an den Menschenrechten“, so Vogler.

Der DPV steht hinter dem Kodex

Der Deutsche Pflegeverband (DPV) unterstützt als Mitglied des Deutschen Pflegerats den neu beschlossenen Kodex zum Umgang mit extremistischen Parteien und Organisationen ausdrücklich. Die klare Haltung des DPR gegen Extremismus und für Demokratie, Menschenwürde und Vielfalt entspricht unseren grundlegenden Werten in der Pflege.

deutscher-pflegerat.de
dpv-online.de

Deutscher Pflegerat warnt vor Stillstand

Gesetz zur Befugnisserweiterung liegt auf Eis

Der Bundesrat hat das Gesetz zur Befugnisserweiterung und Entbürokratisierung in der Pflege gestoppt und wegen des im Gesetz angehängten Sparpakets zur gesetzlichen Krankenversicherung den Vermittlungsausschuss angerufen. Damit verzögert sich eine der wichtigsten Reformen der Pflegeprofession erneut.

Der Deutsche Pflegerat (DPR) reagiert besorgt. DPR-Präsidentin Christine Vogler erklärt: „Das lässt uns völlig fassungslos zurück. Über die überfällige Pflegekompetenzerweiterung wird in Deutschland seit Dezember 2023 intensiv gerungen. Der Bundestag hat das Gesetz inzwischen verabschiedet und in den Ländern findet es breite Zustimmung – jetzt liegt das BEEP wegen einer fachfremden Angelegenheit auf Eis.“

Das sei politisch verantwortungslos gegenüber der Berufsgruppe Pflege. „In einem Omnibusverfahren wurde im laufenden Gesetzgebungsverfahren

durch einen fachfremden Änderungsantrag eine Gesetzesänderung angenommen und mit dem ursprünglichen Gesetz verknüpft, die jetzt den Kern des Gesetzes blockiert. Ich erwarte, dass alle Beteiligten im Vermittlungsverfahren das große Ganze sehen und sich nicht von Partikularinteressen leiten lassen. Wir brauchen die rasche Umsetzung der Befugnisserweiterung für die Profession und für die Stabilität unserer gesamten pflegerischen Versorgung“, so Vogler weiter.

Für die Pflege bedeutet die Blockade mehr als eine Verzögerung im parla-

mentarischen Verfahren. Sie trifft unmittelbar die Versorgungssicherheit. Deutschland. Ohne die Befugnisserweiterung bleiben notwendige Aufgaben und Entscheidungen blockiert – mit Folgen für die Behandlung und Unterstützung von Patient*innen und pflegebedürftigen Menschen.

Der DPR fordert ein klares Signal des Vermittlungsausschusses: Die Modernisierung der pflegerischen Kompetenzen darf nicht durch fachfremde Konflikte blockiert werden.

deutscher-pflegerat.de

Pflegemonitor und Umfrage

Hessen hört zu: Pflege – Was sagen Sie?

Hessen führt seine pflegepolitischen Initiativen in einer gemeinsamen Linie zusammen: Pflegemonitor, Landespflegekonzept mit Denkfabrik Pflege, die Umfrage „Hessen hört zu: Pflege – Was sagen Sie?“ und der Dialog mit den Partnern greifen ineinander.

„Es geht darum, gute Pflege in allen Lebenslagen zu sichern – mit starken Pflegeberufen, verlässlichen Strukturen für Menschen mit Pflegebedarf und ihre Angehörigen sowie einer Kultur des Miteinanders im Gesundheitssystem“, so Gesundheits- und Pflegeministerin Diana Stolz anlässlich der Tagung des Landespflegeausschusses. „Hessen steht für eine Gesundheitspolitik mit Weitblick: von der Krankenhausreform über die Notfallversorgung bis zur Pflege. Wir denken und gestalten das Ganze gemeinsam mit den Akteuren des hessischen Gesundheitswesens und sektorübergreifend.“

Pflege als zentrales Element der Gesundheitsversorgung

„Pflege ist nicht nur ein Thema der Altenhilfe, sondern das Rückgrat unseres gesamten Gesundheitswesens – in den Krankenhäusern, den Pflegeheimen, den ambulanten Diensten und in der häuslichen Pflege gleichermaßen“, betonte die Ministerin. „Für eine zukunftsfeste Pflege in Hessen nutzen wir Daten, Erfahrungen und Ideen aus allen Bereichen. Wir wollen Pflegepolitik neu denken – gemeinsam mit den Profis, den Einrichtungen und den Bürgerinnen und Bürgern.“

Stärkung des Pflegefachpersonals

Wesentlich dabei ist, dass die laufenden Gesetzgebungsprozesse auf Bundesebene nun auf dem Weg sind: Das Pflegefachassistenzgesetz, das eine bundeseinheitliche Ausbildung von 18 Monaten vorsieht sowie das Gesetz zur Befugnisserweiterung und Entbürokratisierung in der Pflege, das die Rolle der Pflegefachpersonen stärken soll. Leistungen, die bislang Ärztinnen und Ärzten vorbehalten waren, könnten künftig eigenverantwortlich von Pflegefachpersonen übernommen

werden – etwa beim Diabetesmanagement, in der Wundversorgung oder in der Betreuung von Menschen mit Demenz.

Bürgermeinung gefragt

Der Pflegemonitor Hessen liefert regelmäßig Daten zu Personalentwicklung, Versorgungssituation und Bedarfen im Land – und schafft damit die Grundlage für gezieltes politisches Handeln. Jetzt wurde eine aktuelle Fassung vom Ministerium online gestellt.

„Im Jahr 2024 befanden sich mehr als 9.500 Menschen in der Pflegefachausbildung und rund 2.000 Personen in einer einjährigen Pflegehelferausbildung – die Zahl der Auszubildenden ist also seit 2022 gestiegen“, resümierte die Pflegeministerin die positiven Entwicklungen auf dem Pflegearbeitsmarkt in Hessen. Auch die zehnte Aktualisierung des Pflegemonitors zeigt im Vergleich zu 2022 eine leicht sinkende Nachfrage nach Pflegepersonal, während gleichzeitig das Angebot etwas angestiegen ist. „Dennoch bleibt es eine der großen Aufgaben, die anhaltend hohe Nachfrage zu

decken“, erläutert Diana Stolz. Parallel dazu lädt die Umfrage „Hessen hört zu: Pflege – was sagen Sie?“ alle Hessinnen und Hessen ein, ihre Erfahrungen und Erwartungen einzubringen. „Wir möchten hier von den Bürgerinnen und Bürgern erfahren, ob Sie sich schon über das Thema Pflege informiert haben und beispielsweise Pflegestützpunkte kennen oder sich mehr Beratung wünschen“, erläutert Ministerin Stolz die Befragung. „Uns geht es auch darum, mit welchen Versorgungsformen die Hessinnen und Hessen bereits Erfahrungen gemacht haben, welche Themen sie bewegen und welche Impulse sie uns für das Landespflegekonzept mitgeben können.“

Stimmen aus der Praxis

Insgesamt werden in der Befragung vier Themenbereiche behandelt. „Die medizinischen und pflegerischen Möglichkeiten entwickeln sich rasant weiter. Neue Behandlungsmethoden und Hilfsmittel verändern den Versorgungsalltag. Dem muss sich auch die pflegerische Versorgung anpassen. Wir verbinden Fakten mit Stimmen aus der Praxis. Nur wenn wir beides zusammenbringen – Zahlen und Lebenswirklichkeit –, können wir Pflege so gestalten, dass sie funktioniert“, sagte Stolz. „Ich will wissen, was die Menschen bewegt – ob Pflegefachperson oder pflegender Angehöriger, ob Pflegebedürftige oder Pflegefachassistenz. Dieses Wissen fließt in unser Landespflegekonzept mit ein.“

Die Teilnahme an der online Umfrage „Hessen hört zu: Pflege – Was sagen Sie?“ ist über das beteiligungsportal. hessen.de bis zum 17. Januar 2026 möglich.



Diana Stolz

© Paul Schneider / Hessische Staatskanzlei

hessen.de

Mitgliederversammlung der Bundesvereinigung Lebenshilfe

Teilhabe ist Menschenrecht

Bei der Eingliederungshilfe soll Bürokratie abgebaut, aber keine Leistung gekürzt oder gestrichen werden. Das sicherte Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas in der Mitgliederversammlung der Bundesvereinigung Lebenshilfe in Berlin zu.

Vor mehr als 400 Vertreterinnen und Vertretern der Lebenshilfe aus ganz Deutschland hielt die Bundesministerin für Arbeit und Soziales eine engagierte Rede. „Alle Menschen haben ein Recht auf volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe. Um dies auch für Menschen mit Behinderungen zu erreichen, brauchen wir inklusivere Strukturen und eine gute und wirkungsvolle Eingliederungshilfe. Es geht um Millionen Menschen, um deren Familien und uns als Gesellschaft insgesamt“, so Bärbel Bas. „Die Antwort auf die großen Herausforderungen, vor denen unser Land steht, darf nicht Sozialabbau lauten. Im Bundesministerium für Arbeit und Soziales arbeiten wir daher engagiert daran, mehr Selbstbestimmung und Teilhabe zu verwirklichen. Klar ist für mich: Dort, wo es berechtigte Kritik an der Ausgestaltung und Umsetzung der Gesetze gibt, müssen wir genau hinschauen und anpacken. Deswegen berät

das BMAS zum Beispiel seit September gemeinsam mit Ländern und Kommunen zur Eingliederungshilfe. Im Fokus stehen dabei der Abbau von Bürokratie und Vereinfachungen. Und um eines ganz klar zu sagen: Es geht nicht um die Streichung oder Kürzung von Leistungen in diesem wichtigen Bereich.“

Neue Begriffe finden

Ulla Schmidt, Bundesvorsitzende der Lebenshilfe, dankte der Ministerin für ihre Unterstützung und die Zusicherung, dass es keine Kürzungen bei der Eingliederungshilfe geben soll. Für 2026 kündigte sie eine bundesweite Lebenshilfe-Kampagne mit dem Motto „Teilhabe ist Menschenrecht“ an: „Als Lebenshilfe werden wir für eine inklusive und demokratische Gesellschaft kämpfen – alle Menschen mit Beeinträchtigung, auch solche mit sehr hohem Hilfebedarf, müssen die Unterstützung erhalten, die sie brauchen.“ Zuvor

hatte die Bundesvorsitzende die Abgesandten der Lebenshilfe-Vereine willkommen geheißen. Es ging um Zukunftsfragen: Soll es einen neuen Begriff für „geistige Behinderung“ geben? Viele Menschen, die so bezeichnet werden, fühlen sich dadurch abgewertet. Was kann die Lebenshilfe tun, damit auch Menschen mit schwerer und schwerster Behinderung umfassende Unterstützung erhalten?

Der Verband, dem bundesweit mehr als 100.000 Mitglieder angehören, verlieh auf der Veranstaltung seinen Medienpreis BOBBY 2025 an den früheren Weltklasse-Zehnkämpfer Frank Busemann und die Geschwister Marian und Tabea Mewes für ihren inklusiven Instagram-Kanal #notjustdown. Ulla Schmidt, die seit 2012 an der Spitze der Lebenshilfe steht, kandidierte wieder für den Bundesvorsitz.

lebenshilfe.de



© Lebenshilfe/Chaperon

Die Antwort auf die großen Herausforderungen, vor denen unser Land steht, darf nicht Sozialabbau lauten, so Bärbel Bas.

Einmalhandschuhe, Bettschutzeinlagen, Desinfektionsmittel

Service-Plattform unterstützt die pflegenden Angehörigen

In Deutschland sind rund 5,7 Millionen Menschen pflegebedürftig, Tendenz steigend. Über 80% von ihnen werden zuhause versorgt. Angehörige – Partner, Kinder, Enkel, Freundinnen oder Nachbarn – übernehmen die Pflege. Dann besteht ein Rechtsanspruch auf Unterstützung.

Nicht die Caritas oder Arbeiterwohlfahrt, sondern Ehepartner, Töchter, Enkelkinder oder gute Freunde sind in Wahrheit der größte Pflegedienst in Deutschland. Denn diese Pflege findet im Alltag statt – zwischen Küche, Pflegebett, Beruf und Familie. Viele pflegende Angehörige geraten dabei an ihre emotionalen, zeitlichen und körperlichen Grenzen. Gleichzeitig bleiben Leistungen, auf die sie gesetzlichen Anspruch haben, oft ungenutzt: nicht, weil sie nicht benötigt werden, sondern weil die Wege dorthin unklar, bürokratisch oder schlicht nicht zu schaffen sind.

Ein Beispiel sind Pflegehilfsmittel zum Verbrauch, die pflegebedürftigen Menschen ab Pflegegrad 1 zustehen – und die bis zu 42 Euro monatlich, vollständig von der Pflegekasse übernommen werden. Dazu gehören u.a. Einmalhandschuhe, Bettschutzeinlagen, Desinfektionsmittel und andere Produkte, die in der häuslichen Pflege täglich benötigt werden.

Die regelmäßige Kostenübernahme summiert sich im Alltag schnell auf über 500 Euro pro Jahr. Für Familien, die ohnehin Zeit, Energie und emotionale Stabilität aufbringen, soll Pflege nicht zusätzlich zur finanziellen Belastung werden – hier entlastet die Kassenleistung unmittelbar und planbar.

Unterstützung einfach, direkt und ohne Papierkram

Genau an dieser Stelle setzt die Service-Plattform Pflegeflieger an. Das Unternehmen übernimmt die komplette Antragstellung, klärt Rückfragen mit der Pflegekasse, liefert die Pflegehilfsmittel monatlich nach Hause und rechnet direkt mit der Pflegekasse ab. Pflegende Angehörige müssen keine Formulare

ausfüllen, keine Nachweise sammeln und keine Korrespondenz führen. Die Bestellung kann telefonisch, online unter www.pflegeflieger.de oder per WhatsApp erfolgen – in wenigen Minuten.

„Pflege ist kein Verwaltungsakt – sie ist Verantwortung, Beziehung und Nähe. Menschen, die pflegen, verdienen Entlastung, nicht Papierkram“, sagt Dominik Georg, Mitgründer von Pflegeflieger.

Bedarfsgerechte Versorgung im Fokus

Während viele Anbieter mit vorgefertigten Standardpaketen arbeiten, setzt Pflegeflieger auf bedarfsgerechte Versorgung. Die Zusammenstellung erfolgt individuell und kann jederzeit angepasst, pausiert oder erweitert werden – ohne Mindestlaufzeiten oder Druck. Kommunikation bleibt persönlich. Wer anruft, erreicht Menschen – keine Bots, keine Warteschleifen. „Wir wollen nicht, dass Pflegehilfsmittel etwas sind, um das man kämpfen muss. Sie sollen einfach da sein – weil sie im Alltag gebraucht werden“, sagt Alexander Goll, Geschäftsführer von Pflegeflieger.

Der Zugang ist der entscheidende Unterschied: Viele Familien wissen nicht, dass ihnen diese Leistung zusteht – oder scheuen Formulare und Fristen. Pflegeflieger erklärt nicht nur, sondern übernimmt: vom Erstanruf bis zur laufenden Versorgung.

Unterstützung darf nicht davon abhängen, ob jemand Apps nutzt oder regelmäßig online ist. Viele pflegende Angehörige bevorzugen den persönlichen Austausch – am Telefon, per Post oder im direkten Gespräch. Deshalb lässt sich der gesamte Prozess bei Pflegeflieger



ger auch ohne Smartphone, E-Mail oder Online-Formulare abwickeln. Ein Telefonanruf genügt, um den Antrag zu stellen, die Versorgung einzurichten und Anpassungen vorzunehmen. Wer möchte, kann selbstverständlich auch schriftlich oder per Fax kommunizieren.

„Wir richten uns nach den Menschen – nicht umgekehrt. Pflege passiert im Alltag, nicht in Portalen. Deshalb muss Versorgung so funktionieren, wie Menschen kommunizieren: direkt, nah und unkompliziert“, so Alexander Goll.

Pflegeflieger steht für drei einfache Versprechen an die pflegenden Angehörigen und an die Pflegebedürftigen:

Zugang ohne Hürden: Anspruch erklären, Antrag übernehmen, Versorgung starten.

Entlastung im Alltag: Flexible Pakete statt Pauschalbox – angepasst an den tatsächlichen Bedarf.

Erreichbarkeit von Mensch zu Mensch: Telefon, WhatsApp, Post oder Fax – ohne Warteschleifen, ohne Bots.

„Viele Familien denken, sie müssten das alles alleine stemmen – oder hätten keinen Anspruch. Wir machen den Teil leichter, der nie kompliziert sein darf“, sagt Dominik Georg von Pflegeflieger. Die Abrechnung der Lieferung der Pflegehilfsmittel ist abrechnungsfähig über die Pflegekasse.

pflegeflieger.de

Der DPV auf dem Interdisziplinären Wundkongress 2025

(Köln) Am 27. November 2025 öffnete der Interdisziplinäre Wundkongress erneut seine Türen in den Sartory-Sälen in Köln. Unter den zahlreichen Fachausstellern war auch der Deutsche Pflegeverband (DPV) vertreten.

In der neuen Ausgabe des Kölner Pflegeforums begegnen sich DPV-Geschäftsführerin Martina Röder und Rechtsanwalt Prof. Dr. Volker Großkopf direkt auf dem Kongress, um über die Bedeutung von Verbandsarbeit zu sprechen. Der DPV versteht sich als po-

litisches Sprachrohr der Pflegekräfte und arbeitet daran, Anliegen mehr Sichtbarkeit und Gewicht zu verleihen.

Einfluss auf Politik und Professionalisierung der Pflege

Der Verband verfolgt das Ziel, durch aktive Einflussnahme auf die Gesundheits- und Sozialpolitik sowohl die Selbstbestimmung der Pflegeberufe als auch den Schutz der Bevölkerung zu stärken. Dies geschieht vor allem durch die kontinuierliche Professionalisie-

rung und Qualitätssicherung der Pflege. Pflegekräfte, Pflegebedürftige und Angehörige profitieren gleichermaßen von der Verbandsarbeit: Expertinnen und Experten des DPV nehmen an Anhörungen in Gremien und Ausschüssen teil und vertreten die Interessen der pflegenden und pflegebedürftigen Menschen. Ebenso bringt sich der Verband bei Gesetzgebungsverfahren auf Bundes- und Länderebene ein.

Eine Mitgliedschaft im DPV bietet darüber hinaus konkrete Vorteile: Neben der Möglichkeit, pflegepolitische Entwicklungen aktiv mitzugestalten, erhalten Mitglieder eine Rechtsschutz- und Haftpflichtversicherung sowie Zugang zur Verbandszeitschrift „Pflege konkret“ und zur Fachzeitschrift HEILBERUFE. Wie Interessierte dem Verband beitreten können und welche Leistungen insbesondere die Versicherungen umfassen, erläutert Martina Röder im Gespräch (youtube.com/watch?v=z_pn7rfg59Y). Erklärt wird, wie sich der Mitgliedsbeitrag zusammensetzt, und welchen Umfang die Versicherungsleistungen im Rahmen der DPV-Mitgliedschaft haben.



Prof. Dr. Volker Großkopf im Gespräch mit Martina Röder, Geschäftsführerin des Deutschen Pflegeverbandes e.V.

rechtsdepesche.de

Auftakt zur überregionalen Fortbildung für Pflegefachkräfte

(Leipzig) Am 12. und 13. März 2026 lädt der Helios Standort Leipzig erstmals zur Leipziger Pflegefortbildung ein. Das neue, überregionale Fortbildungsformat richtet sich an Pflegefachkräfte aus Mitteldeutschland. Die Veranstaltung greift aktuelle Trends, Fachthemen und praxisnahe Anforderungen auf – mit dem Ziel, Pflegewissen auf höchstem Niveau zu vermitteln und den interdisziplinären Austausch zu fördern.

„Pflege ist ein Beruf im Wandel – mit wachsender Verantwortung und steigender fachlicher Komplexität. Mit der Leipziger Pflegefortbildung möchten wir einen jährlichen Treffpunkt schaffen, an dem Theorie und Praxis glei-

chermaßen Raum bekommen und Pflegefachkräfte voneinander lernen, sich austauschen und vernetzen können“, sagt Susan Gebhardt, Pflegedirektorin am Herzzentrum Leipzig und Initiatorin der Leipziger Pflegefortbildung.

Aktuelle Impulse und praktische Anwendung

Das Programm erstreckt sich über über zwei Tage: Während am Donnerstag die Weitergabe von theoretischen Aspekten und neuen Wissensständen im Fokus steht, treten am Freitag praktische Anwendungsszenarien in den Vordergrund. Die Leipziger Pflegefortbildung baut auf dem bisherigen Tag der

Pflegefortbildung auf, der in den vergangenen Jahren parallel zur Kardiovaskulären Frühjahrstagung am Herzzentrum Leipzig stattfand.

Das erfolgreiche Konzept wird nun erweitert und zu einer eigenständigen, zweitägigen Veranstaltung ausgebaut. Die Veranstaltung findet weiterhin im Hörsaal des Helios Standorts Leipzig statt, beleuchtet aber explizit pflegerische Themen aus ganz verschiedenen medizinischen Fachbereichen.

helios-gesundheit.de

Sachsen: Pflegerat jetzt als Verein

(Dresden) In Dresden wurde am 20. Oktober 2025 der Sächsische Pflegerat e.V. gegründet. Der neue Verein vereint die Interessen der beruflich Pflegenden und Hebammen im Freistaat Sachsen und versteht sich als zentrale Interessenvertretung dieser Berufsgruppen auf Landesebene. Mit der Gründung ist der Weg frei für die Anerkennung des Pflegerates als maßgebliche Organisation der Pflegeberufe im Freistaat.

„Auf dieser Grundlage kann und muss der Pflegerat zukünftig in allen relevanten Gremien des sächsischen Gesundheitswesens stimmberechtigt vertreten sein, um die Interessen der größten Berufsgruppe im Freistaat wirkungsvoll einzubringen. Es braucht die intensive Einbeziehung der Pflegefachpersonen, um die Gesundheitsversor-

gung in Sachsen langfristig sicherzustellen“, betont der neugewählte Vorsitzende Clemens Regenbrecht.

Durch die Vereinsgründung und die angestrebte Eintragung geht der Sächsische Pflegerat einen wichtigen Schritt, um die Interessen der Pflegefachpersonen künftig noch besser zu vertreten und die Zusammenarbeit mit dem Deutschen Pflegerat e.V. auf Bundesebene zu intensivieren.

Im Rahmen der Gründungsversammlung wurde Birgit Wolthausen aus dem Vorstand des bisherigen Pflegerates verabschiedet. Der Sächsische Pflegerat dankt ihr für ihr langjähriges Engagement.

Der neu gewählte Vorstand des Sächsischen Pflegerates steht unter dem Vorsitz von Clemens Regenbrecht. Zu sei-



Gründung Sächsischer Pflegerat e.V.

nen Stellvertreter*innen wurden Lissy Nitsche-Neumann und Michael Junge gewählt.

pflegerat-sachsen.de

Niedersachsen: Gründungsversammlung des Vereins „NPR“

(Hannover) Am 24. November 2025 fand die Gründungsversammlung des Vereins „NPR“ Niedersächsischer Pflegerat statt. Mit großer Zustimmung der maßgeblichen pflegerischen Berufsverbände in Niedersachsen wurde die Vereinsgründung beschlossen und der Vereinsvorstand gewählt. Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: Iris

Meyenburg-Altward (DPV e.V.) – 1. Vorsitzende, Jörg Waldmann (BVPM e.V.) – stellvertretender Vorsitzender, und Rebecca Toenne (BeKD e.V.) – Finanzverantwortliche Person.

Alle Vorstandsmitglieder wurden einstimmig für eine Amtszeit von vier Jahren gewählt. Die Eintragung in das Vereinsregister wird umgehend in die

Wege eingeleitet. Der Verein verfolgt das Ziel, seine umfassende Expertise für Niedersachsen in allen Bereichen der pflegerischen Versorgung, der Pflegepolitik und der Weiterentwicklung der professionellen Pflege zur Verfügung zu stellen.

pflegerat-niedersachsen.de

Brandenburg: Pakt für Pflege 2.0 gestartet

(Potsdam) Am 20. November 2025 hat das Ministerium für Gesundheit und Soziales Brandenburg (MGS) gemeinsam mit den Mitgliedsorganisationen des Landespflegeausschusses den „Pakt für Pflege 2.0“ unterzeichnet. Der Pakt setzt sich zum Ziel, die Pflege vor Ort zu stärken, Pflegebedürftige und ihre Angehörigen zu entlasten sowie die Beratung, Versorgung und Fachkräftesicherung im Land Brandenburg weiter auszubauen. Für die Umsetzung stellt Brandenburg jährlich rund 11 Mio € zur Verfügung. Bereits seit 2021 konn-

ten mit der Vorgängerinitiative im Rahmen des bisherigen Pakt für Pflege über 660 Projekte realisiert werden in rund 88% aller Ämter und Gemeinden des Landes.

Mit dem „Pakt für Pflege 2.0“ zeigt Brandenburg, wie durch gezielte Landesförderung, kommunales Engagement und kooperative Strukturen eine wohnortnahe und bedarfsgerechte Pflegeversorgung weiterentwickelt werden kann. Der Pakt stärkt ambulante und häusliche Pflege, entlastet stationäre Einrichtungen und öffnet Perspektiven

für Pflegefachkräfte und pflegende Angehörige. Auch wenn die Maßnahmen formal das Land Brandenburg betreffen – der Ausbau der ambulanten Pflege, der Pflegestützpunkte und Nachbarschaftshilfen kann als Modell dienen. Einrichtungen und Entscheidungsträger in anderen Bundesländern könnten prüfen, ob ähnliche Förderung und Kooperationsstrukturen hilfreich sind, insbesondere für Pflege im häuslichen Umfeld und um Fachkräfte zu gewinnen.

mgs.brandenburg.de

DPV

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Hauptgeschäftsstelle
Mittelstraße 1
56564 Neuwied
Tel.: 0 26 31/83 88-22
Fax: 0 26 31/83 88-20
info@dpv-online.de
www.dpv-online.de



Interessantes und Aktuelles speziell für unsere Mitglieder – Zugriff über:
User: **Mitglied**
Kennwort: Pflegeleistung
Über Ihre Mitarbeit und/oder Anregungen freuen wir uns.

facebook.com/pflegeverband
instagram.com/dpv_nextgen/

Gemeinsam sind wir stark!

DPV – Kompetenz und Leistungen, die auch Kolleginnen und Kollegen überzeugen!

Fordern Sie Infomaterial an!

DPV Service-Point Baden-Württemberg

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Sabine Hindrichs
Service-Point Leiterin
hindrichs.servicepoint-bawue@dpv-online.de

DPV Service-Point Bayern

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Mittelstraße 1, 56564 Neuwied
info@dpv-online.de

DPV-Hauptstadtbüro Berlin DPV Service-Point Berlin-Brandenburg

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Mittelstraße 1, 56564 Neuwied
info@dpv-online.de

DPV Service-Point Hessen

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Karl Heinz Heller
Service-Point Leiter
heller.servicepoint-he@dpv-online.de

DPV Service-Point Nord Hamburg/Schleswig-Holstein

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Birgit Andrea Schmidt
Service-Point Leiterin
schmidt.servicepoint-hh.sh@dpv-online.de

DPV Service-Point Bremen

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Mittelstraße 1, 56564 Neuwied
info@dpv-online.de

DPV Service-Point Niedersachsen

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Iris Meyenburg-Altward
Service-Point-Leiterin
m.altward.servicepoint-ni@dpv-online.de

DPV Service-Point Nordost Thüringen, Sachsen-Anhalt

Martina Röder
Service-Point Leiterin, Geschäftsführerin
des Deutschen Pflegeverbandes e.V.
roeder.servicepoint-th.sa@dpv-online.de

DPV Service-Point Sachsen

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Sandra Meyer
Service-Point Leiterin
meyer.servicepoint-sa@dpv-online.de

DPV Service-Point Nordrhein-Westfalen

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Stephan Kreuels
Service-Point Leiter
kreuels@juslink.de

DPV Service-Point Rheinland- Pfalz

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Nina Benz
Service-Point Leiterin
benz.servicepoint-rlp@dpv-online.de

DPV Service-Point Saarland

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Mittelstraße 1, 56564 Neuwied
info@dpv-online.de



Impressum

Herausgeber

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Ivonne Rammoser (V.i.S.d.P.)
Mittelstraße 1, 56564 Neuwied
Tel.: 02631/8388-22
Fax: 02631/8388-20
info@dpv-online.de
www.dpv-online.de

PflegeKonkret

– Die Mitgliederzeitschrift des DPV
erscheint in Kooperation mit
HEILBERUFE
www.springerpflege.de

Verlag

Springer Medizin Verlag GmbH
Heidelberger Platz 3
14197 Berlin

Druck

Druckpress GmbH
Hamburger Straße 12
69181 Leimen